

Wolfgang Hoss

Berlin, den 15.05.2003

Stellungnahme zur Wallerstein-Diskussion

Da ich Dir schnell antworten will, bleibt meine Stellungnahme recht kurz gefaßt. Zunächst war es für mich abermals erfreulich feststellen zu können, daß Deine philosophischen Grundpositionen in Bezug auf das zu lösende Problem mit den meinen sehr weitgehend übereinstimmen. Auf Seite 2 Deiner Schrift "Zur Diskussion von Immanuel Wallersteins Utopistik" sagst Du:

Im Grunde sind die Ansätze also kompatibel. Dennoch weist das system-theoretische Konzept, in dem Andrea Komlosy (ebd. S. 111) eine „wissenschaftstheoretische Anleihe“ von Ilya Prigogine sieht, eine wesentliche Schwäche auf: Die Phase des Übergangs erscheint in erster Linie als eine „Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration“ und jedenfalls bedeutend weniger als eine Phase des bereits wachsenden, andrängenden Neuen, das durch seine mehr oder weniger latente oder offenbare Existenz das Alte herausfordert.

Damit triffst Du in einem Kernpunkt auch meine Kritik an dieser Theorie. Es ist meines Erachtens zwar richtig, daß sich die gegenwärtige ökonomische und soziale Ordnung in einem instabilen Zustand befindet, und daß in einer solchen Situation durch kleine Ursachen und kleine gesellschaftliche Gruppen in historisch kurzer Zeit große Systemveränderungen bewirkt werden können - das System ist in diesem Zustand offen für schnelle grundsätzliche Änderungen verschiedener Art. Aber die ökonomische Basis der Gesellschaft ist innerhalb von Jahrtausenden gewachsen, und es ist unmöglich sie über Nacht beliebig in eine völlig andere Form zu wandeln. Jedes neue ökonomische System stellt nur eine mehr oder weniger weitgehende Modifikation des alten Systems dar - bestimmte progressive Elemente müssen übernommen werden - nur ein Teil der überlieferten Strukturen und Prinzipien kann negiert und durch grundsätzlich neue ersetzt werden.

Durch die neue Wirtschaftsordnung muß die alte in bestimmter objektiv notwendiger Weise verändert werden. Es ist deshalb - Gott sein Dank - möglich, einen Ausweg zu finden, der einer gewissen ökonomischen Notwendigkeit und Logik nicht entbehrt. Die entscheidende Aufgabe in einer solchen sozialökonomischen Umbruchsituation ist es daher, die historisch notwendigen Modifikationen zu suchen, und sie in so guter Näherung zu beschreiben, daß zielgerichtete politische Handlungen möglich werden. Es wäre fatal, wenn wir uns durch das Chaos in irgend eine beliebige, prinzipiell nicht beeinflussbare Richtung treiben lassen müßten, vielleicht in unseren Untergang, und wenn es prinzipiell unmöglich wäre, wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die durch Immanuel Wallerstein gestellte Frage

"Wenn wir in den nächsten 50 Jahren eine fundamentale historische Wahl treffen - wie wird sie aussehen?"

kann also der Möglichkeit nach beantwortet werden - man kann voraussagen, daß wir die Wahl so treffen werden, wie wir sie immer in der Geschichte getroffen haben - wir werden uns auch in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit für die lebensnotwendige Wirtschafts- und Sozialordnung entscheiden.

Sehr wichtig in dieser Hinsicht ist meines Erachtens Dein Hinweis, daß ein konsequenter Bruch mit dem Profitprinzip notwendig ist. Folgerichtig sagst Du daher:

Wenn das Kriterium der Effizienz ... nicht das der kapitalwirtschaftlichen Verwertungsrechnung ist, was dann?

Indem Wallerstein sagt

"Wenn wir z.B. die Herstellung von Stahl oder Computern oder Getreide steigern - d.h., wenn wir demonstrieren, dass sie auf dem gleichen Qualitätsniveau, aber zu geringeren Kosten an realen Vorleistungen produziert werden können -, warum tun wir das?"

deutet er an, daß wir unsere Arbeit möglichst produktiv verausgaben und damit die Arbeitsproduktivität maximieren wollen, und daß hierzu in den Produktionssystemen bei gleichem Qualitätsniveau (Gebrauchswert) die Kosten und damit der Aufwand an Geld und Arbeit minimiert werden muß. Es fragt sich also, ob das Ziel "Maximierung des Profits", welches nur indirekt die Arbeitsproduktivität steigert, durch das direkte Ziel "Maximierung der Arbeitsproduktivität" abgelöst werden kann.

Natürlich war den Ökonomen der ehemaligen leninistischen Länder bekannt, daß nach Marx'ens Theorie eine höhere Arbeitsproduktivität die wichtigste Voraussetzung für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung ist. Aber die Messung der Arbeitsproduktivität ist ein Problem? Sie kann nicht allgemein zwischen den Betrieben vergleichbar gemessen werden, weil der Gebrauchswert nicht gemessen werden kann, jedenfalls gegenwärtig nicht. Es ist aber möglich die **Steigerung** der Arbeitsproduktivität in guter Näherung zu messen. Man setzt innerhalb des Jahres einen gleichbleibenden Gebrauchswert (Qualität) pro Mengeneinheit voraus. Die Erzeugiskonstruktionen, Baupläne und Produktrezepturen (z.B. Rezepturen der chemischen und pharmazeutischen Industrie) und damit die Gebrauchswerte pro Mengeneinheit ändern sich in dieser Zeit nur relativ wenig. Man nimmt also nur einen relativ geringen Fehler in Kauf, wenn man unveränderte Gebrauchswerte pro Mengeneinheit innerhalb des Jahres voraussetzt. Damit steigt der Gebrauchswert der gesamten Erzeugnismenge (bei vorausgesetztem gleichem Gebrauchswert pro Mengeneinheit) proportional mit der Mengensteigerung, die bei mehreren verschiedenen Erzeugnissen der Steigerung des betrieblichen Gesamtprodukts real entspricht, also der Steigerung der einzelnen Erzeugnismengen, bewertet mit konstanten Preisen.

Steigt z.B. das betriebliche Gesamtprodukt real von $Y_{r0} = 100$ Mill.DM im nächsten Jahr auf

$Y_{r1} = 104$ Mill.DM, und steigt der Arbeitszeitaufwand von $t_0 = 2$ Mill. h auf

$t_1 = 2,02$ Mill. h, dann steigt der Index der Arbeitsproduktivität auf

$$I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot t_0}{Y_{r0} \cdot t_1} = \frac{104 \text{ Mill.DM} \cdot 2 \text{ Mill.h}}{100 \text{ Mill.DM} \cdot 2,02 \text{ Mill.h}} = 1,0297, \text{ d.h. die Arbeitsproduktivität}$$

steigt um 2,97%.

Derjenige sozialistische Betrieb, der die größere Steigerung der Arbeitsproduktivität nachweisen kann, ist damit der Erfolgreichere und soll dafür reichlich belohnt werden (z.B. durch eine höhere Jahresendprämie).

Damit ist aber das Problem der Ermittlung der Gesamtarbeitszeit t noch nicht gelöst. Zwar kann jeder Betrieb seinen eigenen Arbeitszeitaufwand pro Stück und insgesamt ermitteln, aber keinem Betrieb ist die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln enthaltene Arbeitszeit bekannt - sie läßt sich prinzipiell nicht direkt ermitteln.

Setzt man arbeitszeitbestimmte Preise voraus, dann steigt und sinkt der nominale Wert Y des betrieblichen Gesamtprodukts proportional zur insgesamt aufgewandten Arbeitszeit t , d.h. es ist dann auch das Gesamtprodukt arbeitszeitbestimmt. In der Formel des Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität kann in diesem Fall die Zeit t durch den nominalen Wert des betrieblichen

Gesamtprodukts Y ersetzt werden, so daß für das erste Jahr $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot Y_0}{Y_{r0} \cdot Y_1}$ gilt. Jeder Betrieb

ermittelt natürlich ohnehin das Gesamtprodukt nominal sowie die produzierten Mengen jedes Erzeugnisses, so daß nur noch die Mengen mit konstanten Preisen bewertet werden müssen, um das betriebliche Realprodukt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität berechnen zu können. Setzt man also voraus, daß die Preise arbeitszeitbestimmt sind, dann ist die Ermittlung der Steigerung der

betrieblichen Arbeitsproduktivität kein praktisches Problem, es gilt die Formel $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot Y_0}{Y_{r0} \cdot Y_1}$, die

nur leicht ermittelbare Größen enthält.

Aber damit ist das Problem der Wert- und Preisbildung durch die aufgewandte Arbeitszeit noch nicht gelöst. Ein System zur Preisbildung durch die Arbeitszeit oder durch arbeitszeitbestimmte Kosten muß entwickelt werden.

Die Preisbildung durch die Kosten sowie deren indirekte Rückführung auf die aufgewandte Arbeitszeit ist sehr wahrscheinlich die bessere Methode (im Vergleich zur Ermittlung der Gesamtstückzeit, wofür gänzlich neue Methoden erforderlich wären). Die Rückführung der betrieblichen Kosten auf die aufgewandte Arbeitszeit kann meines Erachtens indirekt durch folgende volkswirtschaftliche Maßnahme gewährleistet werden:

Wenn die finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne sozialistischen Konzernen nach einem volkswirtschaftlichen Plan als Globalsummen zugeteilt werden, dann kann eine volkswirtschaftliche Zentrale die Geldzuteilung an den sozialistischen Unternehmenssektor mit der Rate der Gesamtarbeitszeit wachsen lassen, so daß die Zuteilung proportional zur Gesamtarbeitszeit wächst. Damit wachsen auch die Gesamtkosten in mehr oder weniger guter Näherung mit der Rate der Arbeitszeit, d.h. die Gesamtkosten als Summe aller Einzelkosten sind damit im großen und ganzen arbeitszeitbestimmt. Zwar nicht direkt und nicht genau, aber doch im großen und ganzen sind damit auch die betrieblichen Einzelkosten arbeitszeitbestimmt.

Läßt man die Gesamtgeldzuteilung mit der Rate der Arbeitszeit wachsen, dann hält man den marxistisch

bestimmten Geldwert $w_G \approx \frac{t}{Y} = \frac{t_n}{N}$ annähernd konstant, weil dann der Wert des Gesamtprodukts

Y annähernd mit der Rate der Arbeitszeit t wächst (t bezeichnet die im Produkt insgesamt enthaltene Arbeitszeit, und t_n die in der Periode neu aufgewandte Arbeitszeit, und N bezeichnet das produzierte Gesamteinkommen). Vorausgesetzt wird hierbei eine rein sozialistische Volkswirtschaft oder ein hoher Anteil der sozialistischen Wirtschaft an der Gesamtproduktion.

Die Kosten für den öffentlichen Sektor können bei der Preisbildung mit berücksichtigt werden, indem durch den Staat ein Kostenaufschlagsatz vorgegeben wird, der so berechnet ist, daß die voraussichtlichen Gesamtkosten des öffentlichen Sektors (soziale Dienste einschließlich soziale Sicherung wie z.B. Renten, Krankengeld, Sozialhilfe) gedeckt werden können.

Der individuelle Wert des Produkts Y setzt sich damit aus den betrieblichen Kosten C_K und dem Kostenaufschlag ST zusammen, d.h. es gilt $Y = C_K + ST$. Der individuelle Wert pro Stück bzw. der Preis p wird durch den Betrieb berechnet, indem, wie bisher, die betrieblichen Kosten pro Stück \hat{C}_K

ermittelt werden, und indem der staatlich vorgegebene Kostenaufschlag $\hat{S}T = \hat{C}_K \cdot st'$ (st' gleich Kostenaufschlagsatz) hinzu gezählt wird. Es gilt damit die Preisformel $p = \hat{C}_K \cdot (1 + st')$.

Neue Probleme bei der Preisrechnung stellen sich den Betrieben damit nicht, es wird nur zu den betrieblichen Kosten anstelle eines Gewinnaufschlags ein Aufschlag für die öffentlichen Kosten hinzugefügt. Ein Gewinnaufschlag wird völlig überflüssig. Die für Investitionen erforderlichen finanziellen Mittel erhalten die Betriebe, ganz so wie alle anderen finanziellen Mittel, durch planmäßige Zuteilungen der Unternehmenvereinigung (des sozialistischen Konzerns), der seinerseits alle notwendigen finanziellen Mittel durch Globalzuteilungen nach einem volkswirtschaftlichen Plan erhält.

Noch kennen wir die in der Zukunft lebensnotwendigen ökonomischen Grundprinzipien nur ungenügend. Kollektive Anstrengungen sind notwendig, um die Probleme lösen zu können. Immer deutlicher zeichnet sich aber ab, daß das alte ökonomische System, daß insbesondere das Profitprinzip versagt. Nicht die Marktwirtschaft, sondern die Profitwirtschaft versagt. Meines Erachtens sollte sich die politökonomische Forschungsarbeit auf die Entwicklung eines Globalzuteilungssystems, durch welches eine Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft möglich wird, sowie auf die Entwicklung neuer Methoden zur Messung der Steigerung der Arbeitsproduktivität konzentrieren, und hierfür sollten Methoden der Wert- und Preisbildung durch die Arbeitszeit oder durch die betrieblichen und öffentlichen Kosten entwickelt werden.